

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 16.03.2009, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 05.03.2009

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.2009
- TOP 4 Neubau der kleinen Turnhalle Feldbreite
Vorlage: 2009/046
- TOP 5 Umgestaltung Kögel-Willms-Platz
Vorlage: 2009/048
- TOP 6 Raumordnungsverfahren für die geplante Küstenautobahn A22 Westerstede-Drochtersen
Vorlage: 2009/019
- TOP 7 7. Änderung Bebauungsplan Nr. 6 E - Rastede Ortskern für einen Teilbereich an der Elisabethstraße
Vorlage: 2009/037
- TOP 8 Aufstellung Bebauungsplan Nr. 89 - Gemeinbedarfsfläche westlich Feldbreite
Vorlage: 2009/038

- TOP 9 Aufstellung Bebauungsplan Nr. 90 - Kleingartengelände Buschweg
Vorlage: 2009/040**
- TOP 10 Aufstellung einer Außenbereichssatzung für den Ortsteil Delfshausen
(Dörpstraat)
Vorlage: 2009/039**
- TOP 11 Brücke Hohe Horst
Vorlage: 2009/020**
- TOP 12 Aufstellsysteme für Veranstaltungstafeln
Vorlage: 2009/011**
- TOP 13 Bahnhof Rastede und Zughalt Hahn-Lehmden
Vorlage: 2009/047**
- TOP 14 1. Fortschreibung Tempo-30-Zonenkonzept
Vorlage: 2009/044**
- TOP 15 Sportplatz Hahn-Lehmden
Vorlage: 2009/021**
- TOP 16 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/046

freigegeben am 02.03.2009

GB 1

Sachbearbeiter/in: Unnewehr, Stefan

Datum: 02.03.2009

Neubau der kleinen Turnhalle Feldbreite

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Die für 2009 vorgesehene Voll- bzw. Grundsanierung der kleinen Turnhalle Feldbreite wird nicht umgesetzt.

Die vorhandene Turnhalle wird abgerissen und hierfür ein Ersatzbau im gleichen Baufeld realisiert.

Die für den Ersatzbau erforderlichen Finanzmittel in Höhe von insgesamt 1.700.000 € werden verteilt auf die Jahre 2009 (750.000 €, bereits im Haushalt veranschlagt) und 2010 (950.000 €) zur Verfügung gestellt.

Die Materialauswahl für den Ersatzbau ist entsprechend den in dieser Vorlage vorgestellten Materialempfehlungen vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Bekanntlich wurde bereits in den Jahren 2006 und 2007 grundsätzlich festgestellt, dass die kleine Turnhalle Feldbreite dauerhaft am jetzigen Standort benötigt wird und die Weichen wurden für eine Vollsanierung beziehungsweise einen Neubau der Halle gestellt (sh. Vorlagen-Nr. 2006/215 – Raumprogramm – und Vorlagen-Nr. 2007/125 – Entscheidung zur Vollsanierung).

Die Entscheidung für eine Vollsanierung der vorhandenen Halle wurde 2007 getroffen, da es sich zu dem damaligen Zeitpunkt um die mit Abstand wirtschaftlichste Variante gehandelt hat. Dabei sind sowohl die beteiligten Architekten des Planungsbüros gruppeomp als auch die Verwaltung davon ausgegangen, dass eine Vollsanierung der Halle keine wesentlichen Nachteile gegenüber einem Neubau mit sich bringt.

Die Kosten wurden wie folgt beziffert:

1.425.000 € Voll- bzw. Grundsanierung der vorhandenen Halle

1.900.000 € Neubau im gleichen Baufeld

2.150.000 € Neubau mit 90 Grad Drehung

Die Kostenschätzungen für die Neubauvarianten wurden in dieser frühen Planungsphase zunächst nach dem Bruttovolumen vorgenommen und mögliche Kostenverschiebungen mit +/- 10% beziffert. Die Kostenermittlung für die Vollsanierung basierte auf detaillierteren Massenermittlungen, wobei auch hier mögliche Veränderungen mit +/- 10% benannt wurden. Bei den Kostenschätzungen ist die Gruppeomp davon ausgegangen, dass die Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2008 umgesetzt würden.

Bekanntlich wurde das Projekt im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2008 (Herbst 2007) aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen auf das Jahr 2009 verschoben und die Haushaltsmittel für eine Voll- bzw. Grundsanierung eingeplant.

Um planmäßig mit der Umsetzung der Baumaßnahme ab den Sommerferien 2009 beginnen zu können, hat nun die Gruppeomp in enger Zusammenarbeit mit weiteren Fachplanern die Detailplanungen wieder aufgenommen.

Hierbei wurden folgende Problemfelder lokalisiert:

- Die Statik der vorhandenen Turnhalle muss bei einer Voll- bzw. Grundsanierung erheblich verbessert werden
- Die EnEV (Energieeinsparverordnung) 2009 tritt in Kraft
- Die Anbindung an die vorhandene Heizungsanlage der Schule Feldbreite ist unwirtschaftlich
- Die verstärkte Klimadiskussion macht die Überprüfung des Einsatzes regenerativer Energien notwendig
- Die geänderten Bedürfnisse der KGS Feldbreite und der GS Feldbreite machen die Einplanung eines Küchenbereiches für die mittägliche Versorgung erforderlich

Die Statik der vorhandenen Turnhalle muss bei einer Voll- bzw. Grundsanierung erheblich verbessert werden

Im Rahmen der Vorplanungen in den Jahren 2006/2007 sind die Architekten zunächst davon ausgegangen, dass bei einer Grundsanierung lediglich eine Verstärkung der Dachkonstruktion der vorhandenen Turnhalle erforderlich würde, um den aktuellen statischen Belangen gerecht zu werden. Da die aus dem Jahr 1954 stammenden statischen Berechnungen leider nicht archiviert wurden, haben nun die Nachberechnungen des Statikers ergeben, dass neben der Verstärkung der Dachkonstruktion auch eine Verstärkung aller weiteren Konstruktionen wie z. B. Stahlbetonstützen, Stahlbetonbalken bis hin zur Sohle der Halle erforderlich werden. Diese zusätzlichen statischen Belange sind zum Teil auch auf die gestiegenen Anforderungen der EnEV 2009 zurückzuführen, die eine gegenüber der EnEV 2007 um 30% höhere Dämmung der Halle vorschreibt. Die Mehrkosten für die zusätzlichen statischen Maßnahmen belaufen sich auf ca. 100.000 €

Die EnEV 2009 tritt in Kraft

Wie bereits kurz angesprochen, werden durch die Neufassung der EnEV die energetischen Anforderungen an die Sanierungen bzw. den Neubau von Gebäuden erheblich verschärft. So sind unter anderem 30% höhere Dämmungen zu berücksichtigen. Insbesondere bei der Voll- bzw. Grundsanierung der vorhandenen Halle führt das aber nicht nur zu einer Verteuerung, sondern beeinflusst in erheblichem Umfang die Detailplanungen. Wie bereits angesprochen, ist die Einhaltung der vorgeschriebenen Dämmwerte eng verzahnt mit der Statik der Halle.

Veränderungen von Wand- und Deckenstärken sind statisch zu berücksichtigen und beeinflussen negativ die Planungsfreiräume der Architekten. Immer mehr Sachzwänge lassen eine sinnvolle Sanierung der Halle immer weniger sinnvoll erscheinen. Die Mehrkosten für die Anpassung der Planungen an die EnEV 2009 einschl. der statischen Belange belaufen sich auf ca. 100.000 €

Die Anbindung an die vorhandene Heizungsanlage der Schule Feldbreite ist unwirtschaftlich

Derzeit ist die kleine Turnhalle Feldbreite an die Heizzentrale der Schule Feldbreite angeschlossen. Aufgrund der unterschiedlichen Nutzungsprofile zwischen der Schule und der Turnhalle schlägt das mit der Erarbeitung eines Energiekonzeptes beauftragte Ingenieurbüro Heimsch vor, die in die Jahre gekommene Heizungsanlage (sie stammt aus dem Jahr 1988) der Schulen mittelfristig zu sanieren und die Turnhalle über das bereits vorhandene Blockheizkraftwerk (BHKW) zu beheizen. Durch den Anschluss an die zentrale Merkwertkchalle könnte so eine wesentlich bessere Auslastung des BHKW's erreicht werden. Die Anbindung an das vorhandene BHKW ist allerdings technisch aufwendiger als der „einfache“ Anschluss an die vorhandene Heizungsanlage.

Die verstärkte Klimadiskussion macht die Überprüfung des Einsatzes regenerativer Energien notwendig

Wie bereits angesprochen, wurde das Ingenieurbüro Heimsch mit der Erarbeitung eines Energiekonzeptes beauftragt. Eine ganz wesentliche Kernaussage des Konzeptes, unabhängig von der Frage eines Neubaus oder einer Grundsanierung, ist die Feststellung, dass der beste Weg zur Energieeinsparung darin liegt, durch vorbeugende Maßnahmen den Bedarf an Energie zu senken. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass die Einhaltung der vorgeschriebenen Dämmwerte der EnEV 2009 bei der Altbausanierung schwierig ist und erhebliche gestalterische Veränderungen des Baukörpers zur Folge haben könnten. Aus energetischer Sicht wäre somit ein Neubau wesentlich eleganter zu gestalten. Der Einsatz regenerativer Energien wurde sowohl für die Grundsanierung als auch für einen möglichen Neubau geprüft. Wie bereits ausgeführt, wird der Anschluss der Turnhalle an das vorhandene BHKW empfohlen. Bei Nutzung des BHKW's ist der Einsatz einer thermischen Solaranlage nicht sinnvoll, da sich durch die Nutzung der Sonnenenergie die Laufzeit des BHKW verringern würde. Weiterhin wird gutachterlich der Einbau einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung empfohlen, die zwar Energieeinsparungen von ca. 1.400 €/jährlich offeriert und einen deutlichen Komfortgewinn (freie Nachtkühlung im Sommer) verspricht, deren Mehrkosten von ca. 80.000 € gegenüber einer herkömmlichen Lüftung lassen sich wirtschaftlich allerdings nicht vertretbar sind. Für die Sanitärobjekte sind Wasser sparende Selbstschlussarmaturen vorgesehen. Vom Einbau einer Regenwassernutzungsanlage wurde abgeraten, da sich die Anlage während der Nutzungszeit nicht amortisieren würde.

Die geänderten Bedürfnisse der KGS Feldbreite und der GS Feldbreite machen die Einplanung eines Küchenbereiches für die mittägliche Versorgung erforderlich

Bekanntlich wurde auch für die KGS Feldbreite eine mittägliche Versorgung der Schülerinnen und Schüler eingeführt. Die zurzeit provisorische Küche wurde in der Milchausgabe der Schulen untergebracht. Die räumliche Enge und die gestiegenen gesetzlichen Anforderungen (z. B. Einbau eines Fettabscheiders, Kühlung etc.) haben die Suche nach einem alternativen Standort erforderlich gemacht. Die Baumaßnahmen an der kleinen Turnhalle Feldbreite ermöglichen nun eine sinnvolle Berücksichtigung der Belange der Schulen. Die hierfür erforderlichen Mehrkosten belaufen sich auf ca. 22.000 € (ohne technische Geräte, die ja bereits vorhanden sind).

Die geschilderten Problemfelder und Erkenntnisse wurden seitens des Planungsbüros zum Anlass genommen, sowohl die bisherige Kostenschätzung für die Voll- bzw. Grundsanierung zu überprüfen, als auch eine genaue Massenermittlung für einen möglichen Neubau zu erstellen. Unter Berücksichtigung der statischen, energetischen und sonstigen Belange und den gestiegenen Materialkosten belaufen sich die Kosten für eine Voll- bzw. Grundsanierung auf ca. 1.700.000 €. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber den Kalkulationen aus dem Jahr 2007 von ca. 17%. Ein Neubau, angepasst auf die wesentlichen Bedürfnisse von Schulen und Vereinen, im gleichen Baufeld lässt sich ebenfalls für ca. 1.700.000 € realisieren.

Da eine Sanierung keine finanziellen Vorteile mehr birgt, favorisieren sowohl das Planungsbüro als auch die Verwaltung nun die Realisierung eines Neubaus der kleinen Turnhalle Feldbreite.

Die Vorteile dieser Alternative lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die EnEV 2009 lässt sich kompromisslos umsetzen und es wird eine effiziente Wärmedämmung des Neubaus ermöglicht (hohes Energieeinsparungspotenzial – ca. 40% bis 50% weniger Energieverbrauch als bisher)!
- Die Kubatur des Neubaus kann den neuen Anforderungen wesentlich eleganter Rechnung tragen (Berücksichtigung der benötigten Küchenräume, DIN-Maße für das Spielfeld, Anpassung der Geräteräume etc.)!
- Die Veränderungen der Kubatur ermöglichen raumplanerische Verbesserungen des Wendehammers vor der Mehrzweckhalle Feldbreite und des Schulhofes!
- Die Gestaltungsspielräume für den Innenbereich, Fassaden und Dacheindeckung sind wesentlich größer, da sie sich nicht an schon vorhandenen Gegebenheiten orientieren müssen!
- Energetische Konzepte sind bei einem Neubau sinnvoller und einfacher umzusetzen (z. B. Anbindung des BHKW's)!

Im Rahmen der Sitzung wird das Planungsbüro ausführlich die Vorteile eines Ersatzbaus im gleichen Baufeld darstellen und die Entwürfe der möglichen neuen Halle präsentieren. Außerdem ist die Vorstellung der Materialauswahl vorgesehen. Die Auswahl der Baustoffe wurde auf den vorhandenen Gebäudebestand abgestimmt und würde ein harmonisches Gesamtbild ergeben.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, der Materialempfehlung der gruppeomp wie folgt zu entsprechen:

Außenansicht:

- | | |
|---------------------------------|--|
| - Außenwände: | Klinker - BOCKHORNER BUNT GLATT WÄRMEDÄMMVERBUNDSYSTEM; FARBE :GRAU |
| - Dacheindeckung: | PFANNE NELSKAMP G10 GRAU |
| - Fenster/Türen (außen): | ALLUMINIUM FARBE GRAU |

Sporthalle:

- | | |
|-----------------------|-----------------------|
| - Spielfeld: | LINOLIUM TERRACOTTA |
| - Prallschutz: | NADELVLIES TERRACOTTA |

Flur/Umkleiden/Foyer:

- | | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| - Bodenbelag: | PESSKLINKER und GRAUE FLIESEN |
| - Wandfliesen: | WEIß |
| - Türen/Einrichtung: | HELLE HOLZTÖNE |

Dachkonstruktion:

- LIGNOTREND DACHELEMENTE AUS HOLZ

Finanzielle Auswirkungen:

Die Baumaßnahme ist für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehen. In diesem Jahr stehen Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 € zur Verfügung. Für 2010 besteht eine Verpflichtungsermächtigung über 700.000 €. Die Mehrkosten in Höhe von 250.000 € müssen zusätzlich im Rahmen des Haushaltsplanes 2010 zur Verfügung gestellt werden.

Anlagen:

Grundriss Ersatzbau im gleichen Baufeld
Ansichten Ost, West, Süd
Kostenschätzung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/048

freigegeben am 03.03.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 03.03.2009

Umgestaltung Kögel-Willms-Platz

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

16.03.2009

24.03.2009

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Baumaßnahmen werden auf der Grundlage der Beratungen der politischen Gremien durch die Residenzort Rastede GmbH umgesetzt.

Sach- und Rechtslage:

Der erste Bauabschnitt zur Umsetzung der Gestaltung des Kögel-Willms-Platzes wurde in 2008 begonnen und wird in den nächsten Wochen abgeschlossen werden. Der erste Bauabschnitt besteht aus der Neuorganisation der Parkplatzflächen und der Herrichtung einer größeren Versammlungsfläche.

Noch nicht beschlossen wurde die weitere Gestaltung des Platzes bestehend aus der Brunnenanlage, der Beleuchtung, der Wegeführung und der verbleibenden Restfläche. Es bestand Konsens, dass die vorgesehene Spielplatzfläche zunächst nicht umgesetzt wird, ebenso wie eine umfassende Bearbeitung der Bepflanzung.

Seitens einer Rasteder Bürgerin wurde zwischenzeitlich der Vorschlag eingereicht, eine Boulebahn einzurichten. Diese Anregung wurde bisher nicht aufgenommen.

Für die Gestaltung der Brunnenanlage wurde zudem Vorschläge der Firma Blaugrafik aus Jade eingeholt. Diese Firma hat u.a. das Logo des Residenzortes entworfen.

Der Vorschlag des Grafikers besteht für die Brunnenanlage aus einem stehenden „R“. Dieses „R“ ist an die Nachbildung der Klostersäule angelehnt. Diese Darstellung soll eine Höhe von 4 – 5 m haben und auf einer 5 – 6 m großen, kreisrunden Pflasterfläche stehen. Das Zusammenspiel der Plastik und des Brunnens wird in der Sitzung anhand einer Präsentation dargestellt werden.

Das Planungsbüro Thalen-Consult hat auf der Grundlage dieses Vorschlages die hierfür erforderlichen Kosten unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten ermittelt. Die Skulptur soll aus Bronze hergestellt werden und ist nicht demontierbar. Dieses wäre nur mit einem erheblichen Aufwand möglich gewesen. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass eine Demontage entbehrlich ist, da der Boden der Brunnenfläche überbaubar wäre und auf die Skulptur als Mittelpunkt des Platzes Rücksicht genommen werden kann.

Geschätzte Kosten (brutto):

| | |
|--|-----------------|
| Baumaßnahmen des I. BA | 160.000 € |
| Skulptur einschl. Bodenplatte aus Granitpflaster | 80.000 € |
| Wassertechnische Ausrüstung mit 8 Düsen | 90.000 € |
| Verbindende Gehwege | 26.000 € |
| Sportrasenflächen | 112.000 € |
| Ausstattung (Beleuchtung, Bänke etc.) | 13.000 € |
| Versorgungsanschlüsse und Anschlusssäulen | 7.500 € |
| Schmutzwasserpumpwerk | 5.000 € |
| <u>Honorar, Nebenkosten</u> | <u>53.000 €</u> |
| | 546.500 € |

Netto ca. 460.000 €

In der Sitzung werden weitere Details dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen aus 2008 in Höhe von 300.000 € und in 2009 in Höhe von 100.000 € zur Verfügung. Für 2010 sind weitere 100.000 € eingeplant. Soweit die Kassenwirksamkeit vollständig in 2009 erfolgt, sind entsprechende Mittel überplanmäßig bereitzustellen.

Anlagen:

Anlage 1 – Ansicht der Skulptur

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/019**

freigegeben am 16.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 16.02.2009**Raumordnungsverfahren für die geplante Küstenautobahn A22
Westerstede-Drochtersen****Beratungsfolge:**

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Die Forderung zum Erhalt der AS Jaderberg im Zuge der A 29 wird aufrechterhalten.

Sach- und Rechtslage:

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr plant im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Bau der Küstenautobahn A 22 von Westerstede (A 28) nach Drochtersen (A 20, Elbquerung).

Dieses Vorhaben erfordert ein Raumordnungsverfahren, dessen Festlegungen zu veröffentlichen sind.

Die landesplanerische Festlegung liegt in der Zeit vom 26.02.2009 – 25.03.2009 in den Gemeinden Bad Zwischenahn, Rastede, Wiefelstede und der Stadt Westerstede aus.

Die festgelegte Trasse im Raumordnungsverfahren entspricht im Wesentlichen der von der Gemeinde favorisierten Variante West 2. Die Gemeinde Rastede hatte hinsichtlich der Anschlussstelle Jaderberg im Zuge der A 29 den Erhalt dieser Anschlussstelle auch bei Schaffung des Autobahnkreuzes A 22/A 29 gefordert. In den schriftlichen Unterlagen des Raumordnungsverfahrens ist folgendes zu dieser Thematik ausgeführt:

„1.2.2 Maßgaben für den Abschnitt von Westerstede bis zur Weserquerung

- (1) Bei der Konkretisierung der Planung ist auf der A 29 der Fortbestand der vorhandenen Anschlussstelle Jaderberg vertiefend zu prüfen. Soweit ein Erhalt im Zusammenhang mit dem entstehenden Autobahnkreuz A 29/A 22 nicht möglich ist, ist zur Verbesserung der regionalen Erschließung alternativ zu der geplanten Anschlussstelle A 22 / L 820 eine Anschlussstelle A 22 / K 340 / K 130 in Betracht zu ziehen.“

Die zuvor zitierten Ausführungen bedeuten, dass die östlich von Jaderberg gelegene Anschlussstelle im Zuge der A 22 zu überprüfen ist. Diese Anschlussstelle hätte erhebliche Mehrverkehre innerhalb der Ortsdurchfahrt Hahn-Lehmden bedeutet. Mit der Prüfung einer alternativen Anschlussstelle im Zuge der K 130 (alte B 69 in Höhe nördlicher Gemeindegrenze) wären voraussichtlich die Probleme hinsichtlich der Ortsdurchfahrt Hahn-Lehmden auch nicht zu 100% zu lösen. Die Anschlussstelle im Zuge der L 820 (Spohler Straße) dürfte ebenfalls lediglich für die Bewohner des Nordens der Gemeinde Rastede und des Nordens der Gemeinde Wiefelstede von Bedeutung sein. Für die Nutzer der Autobahn A 29 aus der Gemeinde Jade dürfte diese Anschlussstelle hinsichtlich von Fahrten in Richtung Oldenburg nur eine sehr geringe Bedeutung haben.

Im Rahmen des noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahrens sollte die Gemeinde Rastede weiterhin den Erhalt der Anschlussstelle Jaderberg im Zuge der A 29 fordern. Diese Variante scheint geeignet, die Verkehre aus der Ortsdurchfahrt Hahn-Lehmden nicht deutlich zu erhöhen.

Aus der Anlage sind Planausschnitte aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine

Anlagen:

Anlage 1 - Westlicher Abschnitt

Anlage 2 - AS Jaderberg A 29

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/037

freigegeben am 26.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Sandra Ahlers

Datum: 26.02.2009

7. Änderung Bebauungsplan Nr. 6 E - Rastede Ortskern für einen Teilbereich an der Elisabethstraße

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |
| Ö | 28.04.2009 | Rat |

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.03.2009 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.
5. Die 7. Änderung Bebauungsplan Nr. 6 E – Rastede Ortskern für einen Teilbereich an der Elisabethstraße nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 09.12.2008 (siehe Vorlage 2008/192) die öffentliche Auslegung und Beteiligung der der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange beschlossen. Diese wurden in der Zeit vom 06.01.2009 bis 06.02.2009 im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage 1 entnommen werden.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung gab es keine wesentlichen Stellungnahmen. Seitens der Öffentlichkeit wurde eine Eingabe gemacht. Hierzu wird ebenfalls auf die Anlage 1 verwiesen.

Nähere Erläuterungen können, soweit erforderlich, in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Straßen gegeben werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

| Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss | Frühzeitige Bürger-/ Trägerbeteiligung | Öffentliche Aus- legung/ Träger- beteiligung | Satzungsbeschluss |
|--|---|---|------------------------------|
| 09.12.2008 | - | 06.01. – 06.02.2009 | Ratssitzung am 28.04.2009 |

Finanzielle Auswirkungen:

Der Investor trägt alle mit der Planung verbundenen Kosten.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Hinweise
3. Begründung zum B-Plan 6 E, 7. Änderung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/038

freigegeben am 27.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 27.02.2009

Aufstellung Bebauungsplan Nr. 89 - Gemeinbedarfsfläche westlich Feldbreite

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 89 – westlich Feldbreite nebst Begründung wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 13a Absatz 2 und 3 Satz 1 im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, westlich der Feldbreite einen Bebauungsplan aufzustellen. Die zur Verfügung stehende Fläche soll der Errichtung von sozialen Zwecken dienenden Gebäuden und Einrichtungen dienen. Dieses kann zum Beispiel die Errichtung einer Kindertagesstätte sein.

Die Aufstellung dieses Planes dient der Innenentwicklung und kann somit, zumal die Fläche unterhalb 2 ha liegt, im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden. Damit ist der Erstellung eines Umweltberichtes und die Änderung des Flächennutzungsplanes entbehrlich. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes muss zu einem späteren Zeitpunkt lediglich redaktionell erfolgen.

Das beauftragte Planungsbüro Diekmann & Mosebach hat den in der Anlage beigefügten Entwurf erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung

Anlagen:

Anlage 1 – Entwurf des B-Planes 89

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/040**

freigegeben am 27.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 27.02.2009**Aufstellung Bebauungsplan Nr. 90 - Kleingartengelände Buschweg****Beratungsfolge:**

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 90 – Kleingartengelände Buschweg nebst Begründung wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 13a Absatz 2 und 3 Satz 1 im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt, nördlich des Buschweges einen Bebauungsplan aufzustellen. Die zur Verfügung stehende Fläche soll die Errichtung und den Betrieb einer Kleingartenfläche ermöglichen.

Das Kleingartengelände wird so hergerichtet werden, dass die Möglichkeiten des Dauerwohnens dort ausgeschlossen werden. Die neu zu schaffende Kleingartenfläche wird der Ersatz für bisher betriebene Fläche an der Feldbreite. Eine Vorabstimmung mit dem Kleingartenverein wurde durchgeführt.

Die Aufstellung dieses Planes dient der Innenentwicklung und kann somit, zumal die Fläche unterhalb 2 ha liegt, im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden. Damit ist die Erstellung eines Umweltberichtes und die Änderung des Flächennutzungsplanes entbehrlich. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes muss zu einem späteren Zeitpunkt lediglich redaktionell erfolgen.

Das beauftragte Planungsbüro Diekmann & Mosebach hat den in der Anlage beigefügten Entwurf erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1 – Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 90

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/039

freigegeben am 27.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Sandra Ahlers

Datum: 27.02.2009

Aufstellung einer Außenbereichssatzung für den Ortsteil Delfshausen (Dörpstraat)

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|----------------------|---------------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| Ö | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |
| Ö | 28.04.2009 | Rat |

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13 Absatz 2 und 3 Satz1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 16.03.2009 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.
4. Die Außenbereichssatzung für den Ortsteil Delfshausen (Dörpstraat) nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 09.12.2008 (siehe Vorlage 2008/198) die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange beschlossen. Diese wurden in der Zeit vom 06.01.2009 bis 06.02.2009 im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage 1 entnommen werden.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung gab es keine wesentlichen Stellungnahmen. Der Landkreis Ammerland hat darauf hingewiesen, dass die Außenbereichssatzung ein festgelegtes

Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP 1996) berührt. Hierfür ist ein Zielabweichungsverfahren durchzuführen, welches bereits seitens der Verwaltung beantragt worden ist. Der Landkreis Ammerland hat das Zielabweichungsverfahren mit einer Beteiligungsfrist bis zum 13.03.2009 eingeleitet. Über das Ergebnis wird in der Sitzung berichtet.

Seitens der Öffentlichkeit wurde zwei Eingaben dahingehend gemacht, dass die Außenbereichssatzung durch weitere Grundstücke erweitert werden sollte. Hierzu wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Straßen gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

| Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss | Frühzeitige Bürger-/ Trägerbeteiligung | Öffentliche Aus- legung/ Träger- beteiligung | Satzungsbeschluss |
|--|---|---|------------------------------|
| 09.12.2008 | - | 06.01. – 06.02.2009 | Ratssitzung am 28.04.2009 |

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten der Bauleitplanung werden durch die Mehrzahl der bevorteilten Grundstückseigentümer aufgrund des abgeschlossenen Städtebaulichen Vertrages getragen.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Satzungstext einschließlich Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/020**

freigegeben am 17.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 17.02.2009**Brücke Hohe Horst****Beratungsfolge:****Status**

Ö

N

Datum

16.03.2009

21.04.2009

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Brücke Hohe Horst wird nicht ersetzt.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Beschlussvorlage 2007/087 wurden die funktionale Bedeutung sowie der Zustand der Brücke über die Hankhauser Bäke eingehend dargestellt. Dabei war u. a. festzustellen, dass neben dem abgängigen Belag und der seitlichen Schutteinrichtung auch der Unterbau zwischenzeitlich verrottet ist. Die seinerzeitige Funktion der Brücke, nämlich Klärschlammtransporte nicht durch den Weg im Göhlen zu leiten, hat sich mindestens durch den Wegfall der Verbringung von Klärschlamm auf Grünlandflächen erübrigt. Darüber hinaus stände mit der Straße Hasenbült eine ordnungsgemäße Zu- und Abfahrt für solche Transporte zur Verfügung. Eine Bedeutung hat diese Brücke für Fußgänger und Radfahrer, wobei der Genossenschaftsweg Hohe Horst in den Radwegerouten nicht mehr gekennzeichnet ist. Sie wird jedoch von Reitern der umliegenden Reiterhöfe genutzt sowie zum Landesturnier für die Gespanne.

Die Verwaltung war seinerzeit beauftragt worden kostengünstige Lösungen zu suchen.

Wie in 2007 bereits dargestellt, würde der Ersatz der Brücke durch einen Durchlass mindestens 32.000,- € einschl. der radfahrrergerechten Herrichtung des Weges (10.000 €) kosten, wobei seinerzeit über den Untergrund keine näheren Kenntnisse vorlagen.

Zwischenzeitlich hat das Rasteder Erdbaulabor Erkundungen des Untergrundes durchgeführt und dabei ein Bohrprofil für eine Tiefe von 8 m erstellt. Dabei ist festzustellen, dass auch bis zu dieser Tiefe eine einfache Gründung nicht möglich ist und über 8 m Tiefe hinaus Ramm- oder Bohrpfähle einzusetzen sind. Zur vollständigen Beurteilung wäre zusätzlich eine Drucksondierung notwendig.

Die Gespräche mit Vertretern des THW, die Eigenleistungen angeboten haben, haben ergeben, dass die Gründung durch eine Fachfirma erforderlich wird und lediglich der Oberbau durch das THW erstellt werden könne. Hierfür sind jedoch mindestens auch die Materialkosten zu tragen.

In der Anlage sind zwei Querschnitte des Bauwerkes dargestellt. In der Anlage 1 ist der Querschnitt zur Aufnahme höherer Lasten dargestellt und in der Anlage 2 die Verwendung als geringer bemessene Brücke die für Radfahrer, Fußgänger und z. B. Pferdegespanne ausreichend ist.

Die Kostenermittlungen, ohne Herrichtung des Weges, brachten nunmehr unter Berücksichtigung des Mehraufwandes für die Gründung folgende Ergebnisse:

| | |
|---|----------|
| Bau eines Durchlasses, DN 1500 | 33.000 € |
| Bau einer Brücke durch THW für hohe Lasten | 45.000 € |
| Bau einer Brücke durch THW für geringere Lasten | 31.000 € |

Bei dem erforderlichen Querschnitt wurde auf eine Kostenermittlung für einen Stahldurchlass verzichtet, da er in dieser Größenordnung keine Preisvorteile bieten würde.

Unter Berücksichtigung der Nutzungsfrequenz dieses Bauwerks für die Öffentlichkeit und unter Berücksichtigung der für dieses Bauwerk hohen Kosten muss die Frage der Notwendigkeit dieser Brücke gestellt werden. Der ursprüngliche Hintergrund für die Errichtung der Brücke, nämlich die Umfahrung der Baugebiete „Göhlenwiesen“ und „Mühlenhof“ wegen der Klärschlammtransporte, ist nicht notwendig. Eine kostengünstigere Lösung wurde nicht gefunden.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Brücke nicht zu ersetzen. Soweit sie mit vertretbaren Mitteln für Fußgänger und für das Landesturnier erhalten werden kann, wird dieses geschehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel sind bei den Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2009 nicht berücksichtigt worden.

Anlagen:

- Anlage 1 – Brückenquerschnitt für höhere Lasten
- Anlage 2 – Brückenquerschnitt für geringere Lasten
- Anlage 3 - Bodenprofil

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/011

freigegeben am 26.01.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Kobbe, Ralf

Datum: 26.01.2009

Aufstellsysteme für Veranstaltungstafeln

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Zur Bewerbung von Veranstaltungen wird ein neues einheitliches Hinweissystem errichtet.
Bei der Aufstellung sind folgende Standorte vorzusehen:

- Oldenburger Straße/gegenüber Marktplatz (Rastede)
- Kleibroker Straße/Höhe Feuerwehr (Rastede)
- Raiffeisenstraße gegenüber Hostemoster Straße/Pantinenweg (Rastede)
- Raiffeisenstraße/Metjendorfer Straße (Leuchtenburg, Rastede)
- Oldenburger Straße/Kreisverkehrsplatz Borbecker Weg (Rastede/Leuchtenburg)
- Wilhelmshavener Straße/Lehmder Straße (Hahn-Lehmden)
- Wiefelsteder Straße/Höhe Dorfgemeinschaftshaus Nethen (Nethen)
- B 211/Höhe Haltestelle Feuerweherschule (Loy)
- Oldenburger Straße (Kreisverkehrsplatz Neusüdende (Neusüdende/Wahnbek)
- Oldenburger Straße/vor BAB 29 Brücke von Oldenburg kommend (Wahnbek)
- Schulstraße/Butjadinger Straße (Wahnbek)

Sach- und Rechtslage:

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 01.11.2005 (vgl. Vorlage 2005/227) wurde festgelegt, dass das Plakatieren im Gemeindegebiet Rastedes nicht zulässig ist. Auch wenn bisweilen durch einzelne Veranstalter Übertretungen dieses Verbotes stattfinden, wird es dennoch vom Grundsatz her eingehalten und führt dazu, dass sich das Ortsbild aus Sicht der Verwaltung sehr gut darstellt.

In den politischen Gremien bestand bislang Konsens darüber, dass die vorhandenen teilweise bereits abgängigen Werbeanlagen im Bereich der Rasteder Ortseingänge nicht dem professionellen Vermarktungsansinnen genügen und gegen neue Aufstellsysteme aus-

getauscht werden sollten. Die Vorstellungen mündeten darin, ein Aufstellsystem zu erwerben, das über ein gutes Erscheinungsbild (analog der bereits aufgestellten Ortsplantafern) verfügt und günstigerweise eine Vorder- und Rückansicht bietet, sodass je Fahrtrichtung bis maximal zwei Hinweisschilder einsehbar sind. Das Aufstellsystem ist dabei so ausgelegt, dass vorhandene Tafeln selbstverständlich weiter benutzt werden können (vgl. auch Vorlage 2007/274 und 2007/284). Ebenso unstrittig war, dass im Hauptort Standorte an den vier Ortseingängen bevorzugt gewählt werden sollten.

Wesentlicher Kritikpunkt bei der jüngsten Beratung im Januar 2008 waren die fehlenden Werbemöglichkeiten außerhalb des Hauptortes Rastede. Seitens der Politik wurde seinerzeit gewünscht, die Außenbereiche mit einzubeziehen und die Standortfrage mit den örtlichen Vereinen abzustimmen. Daraufhin hat die Verwaltung insgesamt 30 Sport-, Schützen- und Ortsbürgervereine sowie die örtlichen Feuerwehren und das DRK angeschrieben und um Mitteilung gebeten, welche Standorte für welche Festivitäten gewünscht werden.

Nach eher mäßigen Rücklauf (10 Gruppen) hat die Verwaltung auf Grundlage der eingegangenen Wünsche Standorte ausgewählt, von denen nach Möglichkeit mehrere Ortschaften profitieren können (z. B. die Kreisverkehrsplätze in Neusüdende und Südende). Im Übrigen wurden die Standorte im Außenbereich an den Ein- und Ausfallstraßen so gewählt, dass auch überörtliche Veranstaltungen wie das Landesturnier, die Musiktage, das Grasbahnrennen oder das Mittelalterlich Spectaculum dort sinnvoll beworben werden können.

Darüber hinaus wurde seitens der Fraktionen die Anregung an die Verwaltung herangetragen, ein Aufstellsystem in Wahnbek auf der Grünfläche in unmittelbarer Nähe der Kreuzung Schulstraße/Butjadinger Straße zu installieren.

Ob und inwieweit sich diese Aufstellorte uneingeschränkt realisieren lassen, wird kurzfristig noch in einem Baugenehmigungsverfahren geprüft werden müssen, da es sich ausnahmslos um klassifizierte Straßen (z.T. außerhalb geschlossener Ortschaften) handelt, die bestimmte Abstandsregelungen erforderlich machen.

Um den Rasteder Vereinen und den sonstigen Veranstaltern für die Veranstaltungssaison 2009 ausreichend Werbemöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, ist vorgesehen, die insgesamt 12 Aufstellsysteme an den angedachten Standorten in diesem Frühjahr zu installieren. Sofern im Verlauf des Jahres ein nachhaltiger Bedarf an zusätzlichen Werbeflächen von der Residenzort Rastede GmbH festgestellt wird, kann bedarfsorientiert gehandelt werden.

Mit der Durchführung, der Beschaffung und der anschließenden Vermarktung soll die Residenzort Rastede GmbH betraut werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Aufwendungen werden sich insgesamt auf ca. 30.000,- € belaufen. Die Auftragsabwicklung erfolgt über die Residenzort Rastede GmbH.

Anlagen:

1. Darstellung der Aufstellsysteme sowie Plan mit Aufstellstandorten
2. Wunschstandorte der Vereine

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2009/047

freigegeben am 03.03.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 03.03.2009

Bahnhof Rastede und Zughalt Hahn-Lehmden

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 24.03.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung 2008/076 wurde die Beratung über die Erweiterung von Stellplätzen zwischen Bahnhofstraße und Raiffeisenstraße bis nach der Fertigstellung des Bahnüberganges Schloßstraße zurückgestellt. Die Fertigstellung ist zwischenzeitlich, wenngleich auch mit erheblicher zeitlicher Verzögerung, abgeschlossen.

Bei der damaligen Beratung wurde empfohlen, für die Erweiterung des Parkangebotes hierfür die Verlängerung der jetzigen Parkfläche in Richtung Bahnübergang Schloßstraße zu verwenden und einen überdachten Fahrradstand nördlich des Empfangsgebäudes zu installieren.

Mit der Beratungsvorlage 2008/162 und 2008/162A wurde die Verwaltung beauftragt, mit einem Ingenieurbüro ein Gespräch hinsichtlich der Machbarkeit zur Einrichtung eines Zughaltes in Hahn-Lehmden zu führen. Dieses Gespräch wurde bisher nicht geführt.

In beiden Angelegenheiten konnten jedoch Zwischenergebnisse erzielt werden.

Bei einer Veranstaltung des Zweckverbandes Bremen-Niedersachsen (ZVBN) wurde das Programm „Ran an die Schiene“ (RASCH) vorgestellt. Hierbei wurde seitens des ZVBN festgestellt, dass der Bahnhof Rastede mit > 1.000 Ein- und Aussteigern/Tag der am häufigsten frequentierte Bahnhof im Ammerland ist. Bei der Überprüfung der Bahnhöfe im Ammerland wurden aber auch Mängel festgestellt. So wurden die Anzahl der Pkw-Stellplätze und die Anzahl der Fahrradabstellanlagen als zu gering bemängelt.

Bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Maßnahmen ergeben sich folgende Berechnungen:

| Bezeichnung | Vorh. Anzahl | Max. Anzahl | Noch förderfähige Anzahl |
|-----------------------|--------------|-------------|--------------------------|
| Pkw-Stellplätze | 60 | 90 | 30 |
| Fahrradabstellanlagen | 80 | 175 | 95 |

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Grundstücksverhältnisse könnten zusätzlich 28 Stellplätze für Pkw und 80 überdachte Stellplätze für Fahrräder geschaffen werden. Die Gesamtkosten würden ca. 241.000 € betragen. Ohne abschließende Prüfung wäre eine Finanzierung nach dem Entflechtungsgesetz mit 75 % möglich. Für den verbleibenden Gemeindeanteil von 25% wäre eine Förderung durch den ZVBN mit 50% der verbleibenden Kosten möglich. Unter der Voraussetzung, dass alle Kosten zuwendungsfähig wären und die optimale Förderung zugesagt würde, bliebe für die Gemeinde ein Eigenanteil von ca. 30.000 €

In den Gesprächen mit dem ZVBN wurde auch die Öffnung des Zughaltes in Hahn-Lehmden besprochen. Der ZVBN sah hier durchaus Möglichkeiten in Verbindung mit den Maßnahmen in Rastede eine Förderung zu ermöglichen und der ZVBN würde sich für die Eröffnung des Zughaltes einsetzen.

Am 11. März findet eine Sitzung der Nahverkehrskommission in Westerstede statt. Bei dieser Sitzung soll ein Gesprächstermin hinsichtlich der vorgenannten Themen vereinbart werden. Der ZVBN soll in die Planungsüberlegungen der Gemeinde eingebunden werden und die Fördermöglichkeiten konkreter darstellen. Der Meldeschluss für Baumaßnahmen des Jahres 2010 ist der 31. Mai 2009.

Sofern die Unterstützung eines Ingenieurbüros für den Zughalt in Hahn-Lehmden notwendig würde, wird die Gemeindeverwaltung dieses Gespräch gesondert führen.

Über die erzielten Ergebnisse wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Darstellungen in der Sach- und Rechtslage

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/044**

freigegeben am 02.03.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 02.03.2009**1. Fortschreibung Tempo-30-Zonenkonzept****Beratungsfolge:**

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 16.03.2009 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 21.04.2009 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Die baulichen Maßnahmen für die Einrichtung der Tempo-30-Zone in Nethen werden beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Bezugnehmend auf die in den Gremien bereits beratende 1. Fortschreibung des Tempo 30-Zonenkonzeptes war die Verwaltung gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 08.10.2008 (Vorlage 2008/129A) beauftragt worden, die Kosten für einen möglichst günstigen Umbau der Straße Lange Reihe zu ermitteln, um im Bereich der Straßen Lange Reihe und Mittelweg eine 30-km-Zone einrichten zu können.

Zwischenzeitlich haben Gespräche und Ortstermine mit der Verkehrsbehörde des Landkreises Ammerland stattgefunden, bei denen die baulichen Maßnahmen besprochen wurden. Hierbei wurde deutlich, dass zumindest die Einfahrbereiche und für die Lange Reihe mindestens auch innerhalb der Fahrstrecke bauliche Veränderungen notwendig sind.

Als bauliche Maßnahmen bieten sich Fahrbahnversätze nicht an, da hierfür das öffentliche Areal nicht ausreichend ist. Fahrbahneinengungen bieten sich ebenfalls nicht an, da die Fahrbahnbreiten lediglich zwischen 3 m und 3,50 m liegen. Aus dem in der Anlage 1 beigefügten Übersichtsplan ist erkennbar, wo bauliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Bei diesen baulichen Maßnahmen handelt es sich lediglich um das Herausschneiden der bituminösen Fahrbahn und den Ersatz dieser Flächen durch Betonsteinpflaster. Dieses Betonsteinpflaster soll leicht erhöht werden, ohne aber eine fahrdynamisch wirksame Schwelle darzustellen. Die baulichen Maßnahmen sind lediglich dafür geeignet, dass der Verkehrsteilnehmer sich der Situation einer 30km-Zone bewusst werden kann. Fahrdynamisch wirksame Maßnahmen würden einen umfangreichen Umbau der betroffenen Straßen nach sich ziehen.

Die Kosten für die baulichen Maßnahmen stellen sich wie folgt dar:

| | |
|--|---------|
| Einbau einer Pflasterfläche nach der Einmündung Kreyenstraße/Lange Reihe in die Lange Reihe | 1.600 € |
|--|---------|

| | |
|--|---------|
| Pflasterfläche im Einmündungsbereich Lange Reihe/ Mittelweg | 4.500 € |
|--|---------|

| | |
|---|---------|
| Pflasterfläche im Einmündungsbereich Lange Reihe beim Mollberger Weg | 1.600 € |
|---|---------|

| | |
|-------------------------------------|---------|
| Die Gesamtkosten betragen somit ca. | 7.700 € |
|-------------------------------------|---------|

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Diese wären zunächst überplanmäßig bereitzustellen.

Anlagen:

Übersicht über die geplanten baulichen Maßnahmen

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2009/021

freigegeben am 18.02.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 18.02.2009

Sportplatz Hahn-Lehmden

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

16.03.2009

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Der Sportplatz Hahn-Lehmden hat sich bereits in der ersten Spielzeit als nicht besonders belastbar gezeigt. Verschiedene Maßnahmen wie Besanden und Aerifizieren brachten nicht den gewünschten Erfolg.

Im November 2008 wurde das Prüflabor für Freisportanlagen, Anton Morbach, mit der Begutachtung und Untersuchung des Platzes beauftragt.

In dem nun vorliegenden Prüfbericht wurden alle Schichten des Rasenspielfeldes auf ihre Funktionsfähigkeit hin überprüft. Sowohl die Tragschicht als auch die Füllsandschicht entsprechen den geltenden Normen.

Die in Längsrichtung des Platzes verlaufenden Kiesschlitzte, die unterhalb der Rastentragsschicht und des Füllsandkoffers die Ableitung des Oberflächenwassers zu den Drainagen übernehmen sollen, waren nicht funktionsfähig. Zwar ist die Kornzusammensetzung nicht zu beanstanden, aber die ca. 8 cm breiten Schlitzte sind fast zur Hälfte durch eine Ortsteinschicht verfestigt und können somit die Funktion nicht erfüllen.

Der seinerzeit von der Gemeinde neu geschlagene Brunnen musste wegen der erforderlichen Leistungsfähigkeit auf eine Tiefe von 46 m gebracht werden. Hier ist das Grundwasser offensichtlich stark eisenhaltig und führt zur „Verockerung“ der Kiesschlitzte. Bei der vorherigen Beregnung mit einem Regnerwagen war eine Tiefe von nur 28 m erforderlich und hatte somit in den Vorjahren keine Hinweise auf den hohen Eisengehalt gegeben.

Der Gutachter schlägt daher die Lockerung mittels Schlitzmessern quer zu den Schlitzten in einer Tiefe bis 20 cm vor. Hierdurch wird die Verockerungsschicht durchbrochen und der Wasserabfluss ist wieder gewährleistet. Diese Arbeiten sind je nach Bewässerungsumfang zu wiederholen. Ausgehend von 3 – 4 Arbeitsgängen mit Schlitzmessern ist dieses immer noch deutlich günstiger als der Einbau einer Enteisungsanlage.

Die Lockerung mittels Schlitzmessern erfolgt, sobald es die Witterung zulässt.

Festzustellen bleibt auch, dass weder das damalige Planungsbüro noch die bauausführende Firma in Regress zu nehmen wären.

In der Sitzung wird anhand von Bildern das Schadensbild dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

keine